

Editorial

Den einzigen Rohstoff nicht totsparen



Alle müssen einen Beitrag leisten für gesunde Bundesfinanzen, das ist keine Frage. Dass der Bereich Bildung, Forschung und Innovation mit einem Spar-

volumen von 555 Millionen jedoch 20% des Stabilisierungsprogramms 2017-2019 stemmen soll, ist angesichts der Herausforderungen des Denk- und Arbeitsplatzes Schweiz ein gefährlicher Schachzug. Die BFI-Botschaft 2017-2020 präsentiert uns ein historisch tiefes Mittelwachstum von 2%, nachdem das Parlament für die laufende Periode 2013-2016 eine Wachstumsrate von 3,7% bewilligte.

Dieser Einschnitt kommt zum ungünstigsten Zeitpunkt. Die Schweizer Beteiligungen an den Forschungsprogrammen der EU sind rückläufig und die Einbindung in den europäischen Forschungsraum ist ab 2017 bedroht. Die Wirtschaft braucht mehr denn je guten Nachwuchs aus Berufs- und Hochschulbildung; ohne verlässliche Finanzierung können die BFI-Akteure ihre geplanten Massnahmen aber nicht umsetzen.

Der Ball liegt nun beim Parlament, das Stabilisierungsprogramm und die BFI-Botschaft im Interesse der Schweiz und der Zukunft der jungen Generationen zu korrigieren. Der unerwartete Überschuss der Bundesrechnung 2015 von 2,3 Milliarden gibt hierfür auch etwas mehr Spielraum. Bildung und Forschung sind unser einziger Rohstoff – er darf nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Anita Fetz

Ständerätin

Vorstandsmitglied Politikerteam FUTURE

BFI-Botschaft 2017-2020

Ehrgeizige Ziele bei stark rückläufigen Finanzmitteln

Der Bundesrat hat die Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017-2020 (BFI-Botschaft) ans Parlament überwiesen. Er hält an den notwendigen Schlüsselprojekten zu Gunsten des wissenschaftlichen Nachwuchses, des Medizinstudiums, neuer Forschungsbereiche und der Stärkung der höheren Berufsbildung fest. Gleichzeitig kündigt er jedoch einen starken Rückgang der Finanzmittel für den BFI-Bereich an.

Seit eineinhalb Jahren verdüstern sich die finanziellen Perspektiven der Akteure im Bereich der Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Bereich) auf beunruhigende Weise. Während sie aufgrund der Finanzplanung des Bundes vor 18 Monaten noch ein durchschnittliches Mittelwachstum von 3,2% pro Jahr erwarten konnten, wurde diese Wachstumsrate im Rahmen des im November 2015 in Vernehmlassung geschickten Stabilisierungsprogramms der Bundesfinanzen 2017-2019 auf 2,2% reduziert. Die BFI-Botschaft sieht nun für den Zeitraum 2017-2020 nur noch eine Wachstumsrate von 2% vor, was einem Realwachstum von 1,0 bis 1,4% entspricht. Somit werden den BFI-Akteuren 2017-2020 zwischen 555 und 580 Millionen Franken fehlen.

Führungsrolle der Schweiz in Gefahr

Dennoch hält der Bundesrat an allen geplanten neuen Projekten fest: Stärkung der höheren Berufsbildung, Umbau der wissenschaftlichen Karriere, Erhöhung der Studienplätze in der Humanmedizin und Offensive in neuen Forschungsbereichen (Personalisierte Medizin, Big Data und Advanced Manufacturing). Die Hochschulen und Forschungsinstitutionen unterstützen diese Vorhaben und erachten die damit verbundenen Reformen als notwendig, insbesondere wenn die Schweiz ihr Potential an einheimischen Arbeitskräften besser nutzen will. Sie stellen jedoch eine grosse Diskrepanz fest zwischen den festgelegten Prioritäten und den vorgesehenen Finanzmitteln, die im Vergleich zu den ursprünglichen Absichten der Regierung stark rückläufig sind. Diese Diskrepanz zwingt die BFI-Akteure, ihre Planungen zu überarbeiten und in anderen Bereichen substantielle Verzichte hinzunehmen. Das vom Bundesrat für die Legislatur 2015-2019 erklärte Ziel, wonach die Schweiz in Bildung, Forschung und Innovation führend bleiben soll, ist unter diesen Voraussetzungen gefährdet. Die Bedrohung unseres Denk- und Arbeitsplatzes wird zudem durch die Gefahr verstärkt,

Fortsetzung auf Seite 2

BFI-Botschaft 2017-2020: Veranstaltung für die Mitglieder des Bundesparlaments

Nach der Publikation der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017-2019 organisiert das Netzwerk FUTURE einen informellen Austausch zwischen den Mitgliedern des Bundesparlaments und Vertretern der Schweizer Hochschulen und Forschungsinstitutionen. Diese stehen den National- und Ständeratsmitgliedern am Mittwoch, 16. März 2016 ab 9.30 Uhr während des gesamten Vormittags im Parlamentsgebäude (Kommissionszimmer 3) für Fragen zur Verfügung. Sie werden ihre Analyse der BFI-Botschaft aufzeigen und Vorschläge für die Diskussion im Parlament präsentieren.

Fortsetzung von Seite 1

dass sich die Schweiz möglicherweise ab 2017 nicht mehr am Forschungsrahmenprogramm der EU beteiligen kann.

Korrekturen sind dringend notwendig

Der BFI-Bereich wird in Bundesbern zwar

zu einer Priorität erklärt, aber bei genauer Betrachtung der Zahlen und Fakten scheint er schleichend zu einer Posteriorität zurückgestuft zu werden. Die Hochschulen und Forschungsinstitutionen werden die BFI-Botschaft 2017-2020 im Detail analysieren und gemeinsam Vorschläge für not-

wendige Korrekturen formulieren. Diese Vorschläge sollen aufzeigen, wie die Vorhaben des Bundesrates umsetzbar sind, ohne die Schmerzgrenze der Hochschulen zu überschreiten und ihre Substanz sowie ihre Exzellenz zu gefährden.

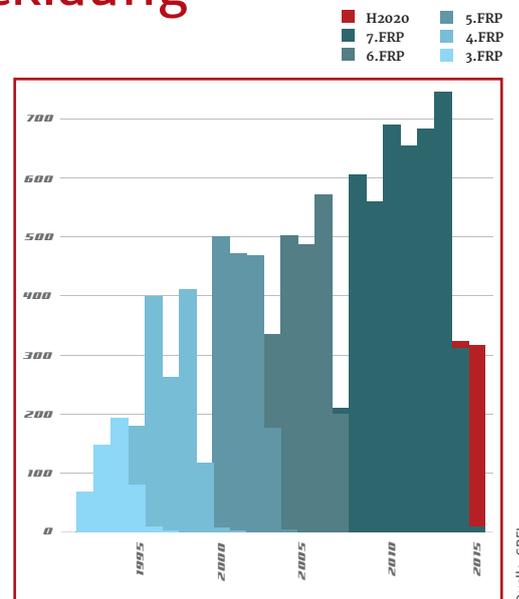
EU-Forschungsrahmenprogramm

Die Teilnahme der Schweiz ist rückläufig

Am 21. Januar 2016 veröffentlichte das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation seinen ersten Bericht über die Teilnahme der Schweiz an den EU-Forschungsrahmenprogrammen (FRP) nach der Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative im Februar 2014, kombiniert mit dem fast endgültigen Bericht des vorherigen Programms (7. FRP, 2007-2014). Die ersten Zahlen zu Horizon 2020, die sich nur auf die Jahre 2014 und 2015 beziehen, zeigen unmissverständlich auf, dass die Teilnahme der Schweiz rückläufig ist. Die deutlichsten Indikatoren dafür sind der Rückgang der einst starken Schweizer Beteiligungen (diese sanken von 560 bis 745 pro Jahr im Rahmen des

7. FRP auf nur noch 318, siehe Infografik), die markante Abnahme der Schweizer Koordinationen von 3,9% auf 0,3% sowie die Verminderung der Beiträge an Schweizer Forschungsinstitutionen von 4,2% aller im 7. FRP verpflichteten Beiträge auf 2,2% im Rahmen von Horizon 2020.

Entwicklung der Schweizer Beteiligung an den Europäischen Forschungsrahmenprogrammen (FRP) von 1995 bis 2015



Quelle: SBFI

Programm zur Stabilisierung der Finanzen 2017-2019

Kürzungen widersprechen strategischen Prioritäten

Die Hochschulen und Forschungsinstitutionen wehren sich im Rahmen einer Stellungnahme gegen die Sparmassnahmen in der Höhe von 555 Millionen Franken, die dem Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) drohen. In seinem Programm zur Stabilisierung der Bundesfinanzen in den Jahren 2017-2019 sieht der Bundesrat bereichsübergreifende Einsparungen in der Höhe von 2,8 Milliarden Franken vor. Knapp 20% davon entfallen auf den BFI-Bereich, obwohl dieser nur gut 10% der Bundesausgaben ausmacht.

Aus Sicht der Hochschulen und For-

schungsinstitutionen gefährden diese übermässigen Kürzungen die Substanz des BFI-Systems, das viel zum wirtschaftlichen Erfolg und zum Wohlstand der Schweiz beiträgt. Der Schweizer Hochschul- und Innovationsstandort gehört zu den Besten der Welt und langfristig reduzieren Bildung, Forschung und Innovation den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften und stärken die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz.

Reformen erfordern Finanzmittel

Der BFI-Bereich befindet sich aktuell in einer unsicheren Situation und ist mit vielen Herausforderungen konfrontiert: die

Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, der Vorstoss in neue Forschungsgebiete, der Wissenstransfer zwischen Hochschulen und Unternehmen, der Medizinerangel, die Stärkung der höheren Berufsbildung und die Ausbildung von MINT-Fachkräften. Die dafür notwendigen Reformen – Prioritäten der BFI-Botschaft 2017-2020 – bedürfen finanzieller Mittel. Wenn der Bundesrat an seinen Sparplänen festhält, wird die Umsetzung dieser strategischen Prioritäten der Qualität des BFI-Bereichs schaden. Das im BFI-Bereich anfallende Sparvolumen muss daher massiv reduziert werden.

Schweizerische Agentur für Innovationsförderung

Die Kommission unterstützt den Gesetzesentwurf

Im Rahmen ihrer Februarsitzung hat die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates (WBK-N) das Innosuisse-Gesetz beraten, welches die Rechtsgrundlagen für die Umwandlung der Kommission für Technologie und Innovation (KTI) von einer ausserparlamentarischen Kommission in eine öffentlich-rechtliche Anstalt definiert.

Die Mehrheit der WBK-N zeigte sich mit dem Gesetzesentwurf, der mehr Flexibilität und eine bessere Integration in das System der Forschungs- und Innovationsförderung bringen wird, zufrieden. Der Entwurf wurde mit 16 zu 7 Stimmen bei einer Enthaltung in der Gesamtabstimmung angenommen, wobei die WBK-N einige Änderungen daran vornahm. Eine

Mehrheit sprach sich dafür aus, dass die Mitglieder des Innovationsrates nicht nur einmal, sondern zweimal wiedergewählt werden können. Sie hat ebenfalls vorgeschlagen, den Höchstbetrag für die Reserven aus den Bundesbeiträgen von 10% auf 15% des Jahresbudgets zu erhöhen. Der Nationalrat berät das Innosuisse-Gesetz im Laufe der Frühlingssession 2016.

in kürze

Martin Vetterli zum Präsidenten der EPFL gewählt

Der Bundesrat hat Professor Martin Vetterli zum Präsidenten der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne (EPFL) gewählt. Martin Vetterli, derzeit ordentlicher Professor an der EPFL und Forschungsratspräsident des Schweizerischen Nationalfonds (SNF), wird sein Amt als Nachfolger von Professor Patrick Aebischer am 1. Januar 2017 antreten.

Angelika Kalt wird neue Direktorin des SNF

Angelika Kalt wird die neue Direktorin des Schweizerischen Nationalfonds (SNF). Die ehemalige Professorin für Petrologie und interne Geodynamik ist seit 2008 als stellvertretende Direktorin im SNF tätig. Sie folgt auf Daniel Höchli, der die Leitung von CURAVIVA Schweiz übernimmt.

THE-Ranking: fünf Schweizer Hochschulen in den Top 20

Times Higher Education (THE) hat sein Ranking der weltweit internationalsten Universitäten für das Jahr 2016 veröffentlicht. Die Position der Schweiz ist mit fünf Hochschulen in den Top 20 gut: die ETH Lausanne (Rang 4), dicht gefolgt von der Universität Genf (Rang 5), der ETH Zürich (Rang 7), der Universität St. Gallen (Rang 8) und der Universität Basel (Rang 16). Den ersten Platz verlieh das THE an die Universität von Katar.

THE-Ranking: Die UNINE ist eine der besten kleinen Universitäten

Times Higher Education (THE) hat ein Ranking der zwanzig besten kleinen Universitäten der Welt herausgegeben. Diese Liste besteht ausschliesslich aus Hochschulen mit weniger als 5000 Studierenden. Die Universität Neuenburg (UNINE) erreichte den elften Rang. Auf dem ersten Rang liegt das California Institute of Technology (Caltech).

Präsident des Stiftungsrats des SNF wiedergewählt

An seiner konstitutiven Sitzung hat der Stiftungsrat des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) seinen Präsidenten Gabriele Gendotti für die Amtsperiode 2016–2019 wiedergewählt. Auch die Vizepräsidentin des Stiftungsrats, Felicitas Pauss, wurde für weitere vier Jahre im Amt bestätigt.

Bieger wird Präsident der Kammer Universitäre Hochschulen

Die Rektoren und Präsidenten der Schweizer Universitäten und Eidgenössischen Technischen Hochschulen haben Professor Thomas Bieger zum Präsidenten der Kammer Universitäre Hochschulen von swissuniversities und zugleich, ex officio, zum Vizepräsidenten von swissuniversities gewählt. Der Rektor der Universität St. Gallen wird am 1. August 2016 die Funktionen von Professor Dominique Arlettab, abtretender Rektor der Universität Lausanne, übernehmen. Die Professorin Astrid Epiney, Rektorin der Universität Freiburg, wurde zur Vizepräsidentin der Kammer gewählt.

61 Millionen Franken für die Innovationsförderung

Der Bundesrat hat zusätzliche Sondermassnahmen der Kommission für Technologie und Innovation (KTI) zur Innovationsförderung genehmigt. Damit will er Innovationen unterstützen und insbesondere exportorientierte klein- und mittelständische Unternehmen fördern, die aufgrund der Frankenstärke stark unter Druck sind. Diese Massnahmen im Umfang von 61 Millionen Franken sind zeitlich bis Ende 2016 befristet und werden dem Parlament im Rahmen des Nachtragsverfahrens zum Voranschlag 2016 beantragt.

Impressum

© Netzwerk FUTURE 2016

Münstergasse 64/66, 3011 Bern
T 031 351 88 46
info@netzwerk-future.ch
www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE fördert den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft. Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.